

**Rede von Oberbürgermeister Andreas Hesky zur Einbringung des
Haushaltsplans 2017 der Stadt Waiblingen
in der Sitzung des Gemeinderats am 13. Oktober 2016**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Frau Kollegin Dürr,
liebe Frau Kollegin Priebe,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Haushaltsrecht ist ein wesentliches Element der kommunalen Selbstverwaltung. Entscheiden zu können, wofür wie viel Geld bereitgestellt wird und welche Infrastruktur in der Stadt vorhanden sein soll, sind Gestaltungsmöglichkeiten, die direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität, auf den Wirtschaftsstandort und das damit zum Ausdruck gebrachte Selbstverständnis und Selbstbewusstsein unserer Stadt haben.

Was brauchen die Menschen, die in Waiblingen leben, arbeiten, sich ehrenamtlich einsetzen? Was brauchen die Vereine? Was brauchen die Unternehmen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und sich gegenüber Mitbewerbern behaupten und erfolgreich arbeiten?

Dabei kann auch Waiblingen nicht aus dem Vollen schöpfen. Auch wir sind dem sparsamen und wirtschaftlichen Handeln verpflichtet, müssen darauf achten, dass Ausgaben und Einnahmen im Einklang stehen und die Belastung der Bürgerschaft und der Unternehmen angemessen ist. Und es eint uns, nachhaltig und generationengerecht wirtschaften zu wollen.

Wobei, das ist leicht gesprochen und hört sich immer gut an. Konkret heißt das, dass die heutige Generation nicht zu Lasten künftiger leben soll. Und was Generationengerechtigkeit von uns erfordert, wird seit der Einführung des doppischen Haushalts noch deutlicher.

Es ist nicht mehr nur die Verschuldung der Stadt, sondern es sind auch die kalkulatorischen Kosten in Form der Abschreibungen. Mit ihnen wird aufgezeigt, welcher Werteverzehr jährlich entsteht. Und dieser Werteverzehr ist nicht nur eine Information, die zur Kenntnis genommen werden kann, sondern der Werteverzehr muss ab 2020 in Heller und Pfennig Jahr für Jahr erwirtschaftet werden. Das hat uns auch Herr Regierungspräsident Schmalzl mit dem Haushaltserlass 2016 geschrieben.

Auch wenn der Regierungspräsident zwischenzeitlich gewechselt hat, ist die Rechtslage gleich geblieben. Ich habe sogar den Eindruck, man zieht den Zügel etwas enger an, weil die Schuldenbremse für das Land, also das Verbot der Nettokreditaufnahme, ab dem Jahr 2020 in Kraft tritt und die Landesregierung zeigen will, dass sie auch in dieser farblichen Konstellation ein guter Haushälter ist und auch die Kommunalfinanzen in Ordnung hält. Baden-Württemberg soll auch in finanzieller Sicht ein Musterländle bleiben. Und wenn es den Kommunen gut geht, bleibt schon mehr für das Land.

Warum ich dieses Gefühl habe? Weil uns das Regierungspräsidium am Montag dieser Woche im Rahmen der Besprechungen zwischen der Rechtsaufsichtsbehörde und dem Fachbereich Finanzen, die üblich sind und vor jeder Einbringung eines Haushaltsplanentwurfs geführt werden, signalisierte, dass der Haushaltsentwurf 2017 in der bisher vorliegenden Form wohl nicht ohne Eingriffe der Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt würde. Kürzungen der Kreditermächtigungen und der Verpflichtungsermächtigungen seien nicht auszuschließen. Für mich war das Anlass, umgehend um ein Gespräch zu bitten, das vorgestern stattfand.

Dabei wurden vom Regierungspräsidium fünf Punkte angesprochen, die wir im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2017 und auch bei künftigen Haushalten bewältigen müssen. Sie lauten:

1. Der Ergebnishaushalt, also der frühere Verwaltungshaushalt, ist nicht ausgeglichen und die Einnahmen halten mit den Ausgaben nicht Schritt.
2. Die Haushalte 2018 und 2020 scheinen derzeit in der mittelfristigen Finanzplanung nicht genehmigungsfähig, da Ersatzdeckungsmittel (Grundstückserlöse) fehlen.
3. Die Stadt berücksichtigt nicht ausreichend und angemessen die Grundsätze der Einnahmebeschaffung nach § 78 GemO, die da heißen:

Kommunen finanzieren ihre Ausgaben, soweit die sonstigen Einnahmen (bspw. Zuweisungen) nicht reichen, zunächst - soweit vertretbar und geboten - durch Einnahmen aus Gebühren für Leistungen, erst danach durch Steuereinnahmen und wenn dies alles nicht ausreicht, durch Kredite.
4. Es wird von der Stadt ein Maßnahmenbündel erwartet, um den Ergebnishaushalt zu stärken.
5. Ab 2020 sind die Abschreibungen, ca. 8,5 Mio. Euro, jährlich zu erwirtschaften.

Es geht also nicht so sehr um unsere Investitionen, sondern um die laufenden Einnahmen und Ausgaben. Dies sind alles in allem keine Überraschungen, weil bereits im erwähnten Haushaltserlass 2016 diese angesprochen wurden.

Neu ist aber schon, dass das RP in dieser Deutlichkeit durch angedrohte Kürzungen im Rahmen der Genehmigung die Daumenschrauben anzieht.

Bisher sind unsere Haushalte stets genehmigt worden, auch wenn sie nicht immer nur rosig waren, weil man weiß, dass Waiblingen sorgsam wirtschaftet und man davon ausgehen konnte, dass das Haushaltsjahr eher besser verläuft als geplant.

Mein Selbstverständnis als OB, und sicher auch unser Selbstverständnis als Gemeinderat, ist, einen Haushaltsplanentwurf zu erstellen, der zwar mit Hinweisen und Anmerkungen versehen werden kann, aber ohne Kürzungen oder andere Eingriffe genehmigt wird.

Der Ihnen ausgelegte Haushaltsordner wurde vor dem Gespräch beim RP erstellt. Eine Änderungsliste und auch ein neues Eckdatenblatt werden Ihnen zugehen.

Worum geht es konkret? Es geht nicht so sehr um die notwendige Neuverschuldung im Jahr 2017. Diese ist vertretbar, vor allem, da wir auf einem sehr niedrigen Schuldenstand sind. Aber die Herausforderungen liegen im Ergebnishaushalt, der nicht in der Lage ist, die laufenden Aufwendungen zu erwirtschaften, auch in Folgejahren.

Sicher, im nächsten Jahr trifft uns die Systematik des Finanzausgleichs mit voller Härte. Durch Wenigereinnahmen bei den Zuschüssen und Zuweisungen und Mehrausgaben bei den Umlagen, die wir aufgrund der guten Gewerbesteuereinnahmen 2015 zu gewärtigen haben, haben wir von vornherein unterm Strich 18,5 Mio. Euro weniger in der Kasse, als im Jahr 2016. Da wir – Gott sei es gedankt – auch in 2016 gute Gewerbesteuereinnahmen haben, werden sich die hohen Umlagen und die niedrigen Zuweisungen auch 2018 so fortsetzen.

Wir würden, wenn wir nichts ändern, nächstes Jahr ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 1,278 Mio. Euro erzielen. Das würde bedeuten, um die Worte der Kameralistik zu wählen, dass wir eine negative Zuführungsrate auswiesen und wir Vermögen verbrauchen würden, um laufende Ausgaben zu bezahlen, und dabei sind die Abschreibungen noch außen vor. Wenn wir diese berücksichtigen würden, dann fehlten uns zu einem ausgeglichenen ordentlichen Ergebnis knapp 10 Mio. Euro.

Unser Augenmerk muss also auf dem Ergebnishaushalt liegen und wir werden nicht umhin kommen, die Ausgaben im Griff zu behalten und die Einnahmen erhöhen zu müssen. Die Betonung liegt auf „und“. Ausgaben im Griff behalten „und“ Einnahmen erhöhen, sonst kommen wir auf keinen grünen Zweig.

Daher rufe ich Ihnen und uns als Gemeinderat zu, dass wir die Haushaltsplanberatungen 2017 nutzen, zu hinterfragen, was unsere Stadt wirklich auszeichnet, was wichtig ist und was die Menschen brauchen, wobei die Kommunen keine Instanz sind, um Ungerechtigkeiten im staatlichen Steuersystem auszugleichen oder über die

Sozialhilfe hinausgehende Leistungen zu erbringen – schon gar nicht an Personen, die dieser Unterstützung nicht bedürfen.

Wir haben mit unseren kommunalen Aufgaben schon genügend zu tun und dürfen die Anliegen der Menschen, die wir bei der Umfrage zur Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans 2013 erfahren haben, nicht aus den Augen verlieren. Allen voran die Suche nach einer Wohnung. Hier sind wir gefordert. Mit ganzer Kraft. Gerade auch, weil die Situation durch die Flüchtlingswelle im vergangenen Jahr nicht einfacher wurde.

Die von vielen als „Flüchtlingskrise“ bezeichnete Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen hat unseren bürgerschaftlichen Zusammenhalt gefordert. Das war eine Bewährungsprobe auf kommunaler Ebene, die deutlich machte, dass die Kommunen die Basis unseres Staates sind. Ohne Kommunen, die die Menschen aufnahmen, ihnen ein Dach über dem Kopf gaben und Integrationsarbeit leisteten, wäre kein Staat zu machen gewesen.

Dadurch ist es auch gelungen, dass die Aufnahme dieser Menschen in unserer Stadt, und ich sage auch in unserem Kreis und in Baden-Württemberg, zu keiner Flüchtlingskrise wurde, sondern zu einem Akt der Menschlichkeit.

Nach wie vor gilt, dass das Miteinander funktioniert und niemand Verzicht üben muss, weil diese Menschen bei uns sind. Gleichermäßen ist es aber auch notwendig, dass sie erfasst und ihre Verfahren zügig abgewickelt werden, um Klarheit zu schaffen, wer wieder gehen muss und wer bleiben kann. Die Schlagzeile, dass nur rund 270 Flüchtlinge einen Ausbildungsplatz im September 2016 antraten, machte das deutlich. Die Betriebe werden einen Ausbildungsplatz nur dann mit einem Flüchtling besetzen, wenn er eine Bleibeperspektive hat – und ordentliche Sprachkenntnisse.

Die deutsche Sprache werden die Menschen aber erst dann mit Eifer und Ernst lernen, wenn sie wissen, dass sie bleiben können. Und niemand lernt Deutsch binnen ein paar Monaten in der Qualität, dass es reicht, um in der Berufsschule oder am Arbeitsplatz zurechtzukommen.

Bei der Stadtverwaltung ist ein syrischer Flüchtling seit September 2016 in Ausbildung. Er drückt als 29-Jähriger wieder die Schulbank, um zu einem anerkannten Abschluss eines Fachinformatikers zu kommen. Sein Bachelor aus dem Heimatland zählt in Deutschland nicht.

Das alles und noch viel mehr, was zur Betreuung und Integration der Flüchtlinge notwendig ist, können wir nur leisten, wenn uns weder Bund noch Land finanziell im Stich lassen.

Und zu den großen Aufgaben, die noch vor uns liegen, gehört die Unterbringung in regulären Wohnungen. Das gelingt aus mehreren Gründen auch nicht von heute auf

morgen und es mangelt vor allem an freien Grundstücken, wie der Flächensuchlauf zeigte.

Die zügige Bereitstellung von Wohnraum in Gemeinschaftsunterkünften ist uns in Waiblingen trotz der Sorgen und Ängste der unmittelbaren Nachbarschaft von Unterkünften beeindruckend gut gelungen. Waiblingen war Vorbild, auch für andere Kommunen. Auch, weil die Ehrenamtlichen zur Stelle waren und zur Stelle sind. Dafür gilt ihnen unser großer Dank. Dass das in Waiblingen so gut geklappt hat, darf uns alle ruhig mit Stolz erfüllen.

Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg war, dass Sie, dass wir, der Gemeinderat, „wie eine Eins“ gestanden sind und keinen Zweifel daran ließen, dass wir die Menschen unterbringen wollen, im Wissen und im Respekt so mancher Vorbehalte aus der Bürgerschaft, die uns jedoch nicht von unserer Linie abbrachten.

Nun kommen allerdings die Mühen der Ebene, die uns auch zu politischen Diskussionen bringen. Wir wollen Wohnraum für alle schaffen, auch für diejenigen, die schon lange hier sind und auf eine Wohnung warten. Das gelingt aber nur durch Nachverdichten und Natur in Anspruch nehmen. Dies führt nicht nur zu Diskussionen in und mit der Bevölkerung, sondern auch zu Diskussionen im Gemeinderat und in den Ortschaftsräten.

Die Anzahl der Naturschützer und die Kenner von seltenen Arten am Boden und in der Luft nimmt dort sprunghaft zu, wo neues Bauland ausgewiesen oder das jahrelang freie Baugrundstück in der Nachbarschaft nun bebaut werden soll. Das gilt übrigens für die Windenergie genauso wie für die Ausweisung von Wohngebieten. Wer vor 10 Jahren am Marktplatz eine Umfrage gemacht hätte, wer schon einmal von einem „roten Milan“ hörte oder ihn beschreiben kann, hätte vielleicht zur Antwort bekommen, dass dies der Kosenamen eines Politikers der Partei sei, die diese Farbe trägt.

Heute ist das anders. Da kennt man diesen seltenen Vogel und hat ihn auch schon gesichtet, genauso wie Zauneidechsen und Fledermäuse auf dem Nachbargrundstück, für das gerade eine Baugenehmigung beantragt wird oder das im Flächensuchlauf als mögliches Bauland identifiziert wurde. Kurzum, da gilt es, dicke Bretter zu bohren.

Um uns als Stadt in den nächsten Jahren in die Lage zu versetzen, selbst Wohnraum zu schaffen, wie wir das erfolgreich im Pommernweg gemacht haben, sind im Haushaltsplan Planungskosten und Bauraten in 2017 und 2018 eingestellt. Darüber hinaus werden wir auch Investoren für städtische Grundstücke suchen, die uns Mietwohnungen mit Belegungsrechten bauen, wie wir das schon erfolgreich praktizierten.

Erfolgreich in unserer Stadt sind unsere mittelständischen Unternehmen, die Betriebe und Gewerbetreibenden. Die Gewerbesteuer ist seit Jahrzehnten die zentrale Ein-

nahme, die es uns ermöglicht, unsere Infrastruktur zu erhalten und auszubauen. Wir dürfen im Jahr 2016 davon ausgehen, rund 55 Mio. Euro, vielleicht sogar etwas mehr, an Gewerbesteuer vereinnahmen zu können.

Ein starkes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Waiblingen. Die Unternehmen sind erfolgreich und können im Wettbewerb bestehen, weil sie innovativ sind, beispielhaft sei das Stichwort „Akkuserie“ bei Stihl genannt, die uns ein Forschungs- und Entwicklungszentrum und viele Arbeitsplätze beschert.

Hinzu kommt eine ungebrochene Nachfrage im Konsumgüterbereich genauso wie nach „Gold“ in Form von Wohnungen und Häusern, was auch Waiblinger Betrieben volle Auftragsbücher beschert, wenn Sie zum Beispiel an das Rems-Werk und seine Werkzeuge für den Sanitärprofi denken. Aber wie wird es weitergehen? Wir haben uns ursprünglich dafür entschieden, auch 2017 wieder zurückhaltend die Gewerbesteuer mit 49 Mio. Euro zu veranschlagen. Aufgrund der genannten Schwierigkeiten im Ergebnishaushalt wurde der Ansatz auf 53 Mio. Euro geändert.

Wenn Sie nun fragen, haben wir damit denn nicht unsere Sorgen mit dem ordentlichen Ergebnis - das gar nicht ordentlich ist - los, lautet die Antwort: Ja und nein. Von den 4 Mio. Euro mehr an Gewerbesteuer gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung müssen wir rund 25 % Gewerbesteuerumlage abführen, so dass uns rund 3 Mio. Euro bleiben - so die Mittel tatsächlich fließen.

Wir können dadurch unser ordentliches Ergebnis – ohne Abschreibungen – auf 1,8 Mio. Euro anheben, was einer positiven Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt gleichkommt. Dies ist mit dem RP besprochen, das dennoch erneut auf die Überprüfung unserer niedrigen Realsteuerhebesätze hinweist. Es wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, um insgesamt den Ergebnishaushalt zu stärken, dass wir die Hebesätze schrittweise anheben.

Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 380 v.H. stand schon seit zwei Haushaltsplanberatungen im Raum. Noch konnten wir darauf verzichten. Mir scheint, wir kommen nun nicht mehr umhin, das zu tun.

Um die Lasten besser schultern und abfedern zu können wäre zu überlegen, eine jährliche Erhöhung von je 5 %-Punkten für die Jahre 2017 bis 2020 zu beschließen, so dass wir in dem Haushaltsjahr, in dem es auch auf die Abschreibungen ankommt, bei den 380 v.H. angelangt sind.

Die Anhebung des Hebesatzes bis auf dieses Niveau ist auch für Personengesellschaften finanziell neutral, da die höhere Gewerbesteuer durch dadurch mögliche Kürzungen bei anderen Steuerarten ausgeglichen werden kann.

Eine Anpassung wird wohl auch bei der Grundsteuer unumgänglich sein. Auch hier könnte wie bei der Gewerbesteuer dargestellt, verfahren werden. Mit Anhebungen

von jährlich 5 Prozentpunkten in den nächsten vier Haushaltsjahren würden wir den Hebesatz von 390 v.H. auf 410 v.H. erhöhen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Personalausgaben zu sprechen kommen. Wir haben gutes, fleißiges, kompetentes und freundliches Personal. Es ist der Garant, dass wir unsere kommunalen Dienstleistungen in der von uns gewünschten Qualität erbringen.

Im Haushaltsplanentwurf sind zwei neue Stellen beantragt, bei denen es offen bleiben muss, ob diese – sofern sie genehmigt werden – tatsächlich besetzt werden. Es sind Stellen, um gewappnet zu sein, falls es nicht anders geht. Im Ausländerwesen und in der Sozialbetreuung in der Anschlussunterbringung, wobei ich hier nicht uns Kommunen in der Finanzierungspflicht sehe, sondern Bund und Land, die uns für diese zusätzliche Aufgabe die Mittel bereitstellen müssten.

Es gilt der Grundsatz: Die Personalkosten folgen den Aufgaben, nicht umgekehrt. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr sind nur zwei Beispiele.

Wir müssen unseren Haushalt bis 2020 und darüber hinaus auf Kurs halten und dennoch die Stärken unserer Stadt nicht aufs Spiel setzen.

Was gehört noch zu den Stärken unserer Stadt? Eindeutig unsere sehr gute Infrastruktur in allen Bereichen. Im Haushaltsplanentwurf 2017 sind Bauinvestitionen in der Größenordnung von rund 24 Mio. Euro veranschlagt. Es ist davon auszugehen, dass diese Mittel auch gebraucht werden. Wir werden dabei aller Voraussicht nach auf Kredite angewiesen sein. Ich weiß, die Notwendigkeit von Kreditaufnahmen stand schon 2015 und 2016 im Haushaltsplan vermerkt. Gott sei Dank mussten wir diese Kredite nicht aufnehmen. Im Gegenteil, wir konnten weitere tilgen.

Durch eine zusätzliche Sondertilgung, die wir Ihnen im Dezember 2016 zur Beschlussfassung vorschlagen werden, können wir unseren Schuldenstand auf rund 7,6 Mio. Euro senken. Dennoch wäre es leichtfertig zu glauben, dass es so weitergeht. Wir werden mit großer Sicherheit in 2017 neue Schulden machen müssen.

Die höchste Ausgabeposition im Finanzhaushalt 2017 beläuft sich auf 5 Mio. Euro. Es ist die nächste Baurate für die Sanierung des Salier Gymnasiums. Die Bauarbeiten sind im Plan, ja, es geht sogar schneller voran als gedacht. Wenn nichts dazwischen kommt, sind wir Ende 2017 mit dem 1. Bauabschnitt fertig. Sogar schon im September 2017, zum Beginn des neuen Schuljahres, werden die ersten Klassen wieder aus den Containern in das Gebäude zurückkehren können.

Bei der Entscheidung zur Sanierung des Salier Gymnasiums haben wir der Schule und den Eltern das Signal gegeben, dass nach dem ersten Bauabschnitt der zweite nicht auf die lange Bank geschoben wird. Aus heutiger Sicht kann das gehalten wer-

den. Die Entscheidung über den Umfang des 2. Bauabschnittes steht allerdings nicht jetzt an, sondern ist im Zuge der Haushaltsplanberatungen 2018 und 2019 zu treffen.

Bleiben wir bei den Schulen. Der Bau der neuen Mensa an der Rinnenäckerschule geht seiner Vollendung entgegen, so dass sie nächstes Jahr im 1. Quartal in Betrieb gehen kann. Auch für die Sanierung unserer anderen Schulen sind in 2017 Mittel veranschlagt.

Waiblingen hält Kurs, nimmt allerdings etwas Fahrt heraus, damit wir unseren Haushalt nicht überfordern. Keine Abstriche werden im Bereich des Brandschutzes gemacht, oder dort, wo Sanierungen begonnen wurden, wie beispielsweise an der Sallier Realschule.

Angesichts der Haushaltslage wird aber vorgeschlagen, die schrittweise Sanierung der Klassenzimmer an der Staufer Realschule auszusetzen, mit der Fenstererneuerung und der Betonsanierung aber weiterzumachen.

Nachdem uns für die Erweiterung der Mensa an der Friedensschule Neustadt in 2016 keine Zuschüsse gewährt wurden, haben wir mit der Maßnahme noch nicht begonnen, um nochmals einen Anlauf auf die Zuschüsse zu nehmen. Es ist zu hoffen, dass wir in der nächsten Tranche berücksichtigt werden und dann im Mai 2017 einen Förderbescheid in Händen halten. Wir haben dann ein Jahr Zeit, um mit dem Bau zu beginnen, so dass wir in 2017 für die Mensaerweiterung keine Mittel eingestellt haben, sondern erst in 2018. Parallel dazu wird auch die Sanierung des ehemaligen Realschulgebäudes der Friedensschule geschoben.

Sie dürfen sicher sein, wenn es machbar wäre, würden beides Mal Bauraten in 2017 eingestellt werden. Allerdings wäre es Augenwischerei, weil wir weder personell noch finanziell in der Lage sind, diese vielen großen Baustellen gleichzeitig zu bedienen. Es ist daher realistischer zu sagen, was geht und was nicht – und das, was geht, ist ganz enorm.

Dazu gehört auch, dass wir in 2017 mit der Sanierung der Rundsporthalle beginnen und diese in 2018 auch abgeschlossen haben werden. Noch ein Wort zur Rundsporthalle: Ich bin dem Gemeinderat dankbar, dass wir diesen Weg gehen. Ich weiß, er war im Gremium nicht unumstritten. Gleichwohl müssen wir erkennen, dass ein Neubau aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu verantworten gewesen wäre. Ich bin überzeugt, die Rundsporthalle wird nach der Sanierung in einem neuen Licht erstrahlen, das der Sportstadt Waiblingen und den dort trainierenden und spielenden Vereinen gerecht wird.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. Und Priorisieren heißt auch, zu sagen, was in 2017 nicht gemacht werden kann, sondern geschoben werden muss. So gerne ich es gesehen hätte, dass wir nächstes Jahr mit dem Bau der neuen Trainingshalle in Bitten-

feld und der damit verbundenen Sanierung der Gemeindehalle beginnen, so schlage ich Ihnen dennoch vor, diese Maßnahme um ein Jahr zu schieben.

Das ist nicht nur dem Umstand geschuldet, dass wir für dieses Projekt keine Zuschüsse in 2016 bekommen haben und auch künftig keine Chance haben werden, diese zu erhalten, sondern auch darin begründet, dass wir die dafür notwendigen 4,5 Mio. Euro erst in den Folgejahren aufbringen können.

Klar ist aber, dass wir 2018 die geschobenen Maßnahmen umsetzen wollen. Das gilt auch für den Bau des Kunstrasenplatzes in Beinstein, den uns das Urteil des VGH dieses Jahr verhagelte.

Mir ist bewusst, dass der TB Beinstein damit noch länger auf den langersehnten weiteren Sportplatz warten muss. Wir werden tun, was möglich ist, um die Situation erträglicher zu machen. Die vorgezogene Sanierung des Rasenplatzes und unnötige Kunstrasenplatzreparaturen gehören aber nicht dazu.

Wer meint, die Sportstadt Waiblingen bei der Ehre packen zu wollen, möge sich vergewärtigen, was wir schon alles für den Sport getan haben und weiterhin tun werden.

Dazu gehört auch, dass unsere Stadtwerke das Hallenbad in Neustadt mit einem Millionenaufwand sanieren und wir auch die weitere Sanierung des Hallenbads in der Kernstadt angehen werden. Die Bäderlandschaft gehört nämlich auch zu den besonderen Stärken Waiblingens. Wir können erhobenen Hauptes die jährlichen Berichte und Mahnungen in den Medien zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr Kinder nicht schwimmen lernen, weil die Kommunen die Bäder schließen. Da sind wir in Waiblingen einen anderen Weg gegangen, gemeinsam mit den Vereinen. Dieses Engagement gehört belohnt, was nun durch die Neustadter Sanierung geschieht.

Waiblingen ist eine familienfreundliche Stadt. Das haben wir gemeinsam erreicht.

Ich bin froh und dankbar, dass wir mit STIHL einen Partner haben, der seinen Beschäftigten in vorbildlicher Weise auch eine STIHL-Kita zur Verfügung stellt. Mitarbeitergewinnung, Kompetenzerhalt und die Möglichkeit, durch eine firmeneigene Kita die Familie früh ans Unternehmen zu binden, sind die Ziele, die die Firma damit verfolgt. Aber auch für die Stadt hat diese Kita eine hohe Bedeutung, weil wir selbst eine Gruppe in dieser Kita realisieren.

Die Nachfrage nach Plätzen ist nach wie vor groß. Die Geburtenzahlen sind auf einem Höchstniveau. Das liegt nicht an Stromausfällen, wie das früher der Fall war. Unsere Stadtwerke liefern zumeist unterbrechungsfrei den Strom. Es ist die Entscheidung der Eltern für Kinder. Diese Entscheidung kann man in Waiblingen mit einem guten Gefühl treffen. Ganz gleich, in welchem Umfang man Betreuung für sein Kind in Anspruch nehmen möchte, sie ist ab dem 1. Lebensjahr, in Ausnahmefällen

auch schon früher, vorhanden. Und auch in der Grundschule und der weiterführenden Schule wird ein Ganztagsangebot gemacht, was uns von anderen Kommunen unterscheidet.

Das ist für mich Familienfreundlichkeit. Angebote zu machen, die Eltern brauchen und die nachgefragt sind. Und diese Angebote sind auch inhaltlich auf einem hohen Niveau. Die Qualität stimmt in unseren Einrichtungen.

Wer mich also zitiert, dass mir „Kinderfreundlichkeit“ wichtig ist, der hat Recht. Das sieht man an dem umfassenden Angebot, seiner Qualität und Quantität. Wer aber meint, dass ich damit gesagt habe, das muss kostenfrei sein oder darf nur das kosten, was derjenige für richtig hält, der mir diesen Satz vorhält, der irrt.

Denn Kinderfreundlichkeit heißt für mich auch, den Kindern nicht das als finanzielle Last aufzubürden, was sie heute in Anspruch nehmen und wofür die Eltern nichts oder nur wenig bezahlen. Natürlich wehren sich Eltern nicht gegen niedrige Kindergartengebühren. Und es ist das politische Recht des Gemeinderats, den Kostendeckungsgrad einer kommunalen Dienstleistung festzusetzen, wobei ich an § 78 GemO erinnere.

Ich habe immer wieder betont, dass es aus meiner Sicht angezeigt ist, die Kita Gebühren zu erhöhen. Durch die im BSV vorberatene und nachher auf der Tagesordnung zu beschließende Vorlage zu den überplanmäßigen Ausgaben in 2016 wird der Kostendeckungsgrad nochmals verringert und sinkt auf unter 8 %, obwohl der Landesrichtsatz bei 20 % Kostendeckungsgrad liegt. Und bei uns ist sogar das Essensgeld inkludiert.

Der Hinweis von Eltern, wenn Waiblingen seine Gebühren erhöht, melde ich mein Kind in einer anderen Stadt an, zeugt davon, dass man sich nicht darüber im Klaren ist, wie die Situation wirklich ist. Nirgends im Umland werden geringere Gebühren bei einer vergleichbaren Leistung in der Kita verlangt. Und wer sagt: „Heilbronn verlangt doch auch keine Kita Gebühren“ hat nur teilweise recht, denn derjenige muss auch sagen, dass dort Essensgeld verlangt wird und die U3-Betreuung sehr wohl etwas kostet, mehr als bei uns, auch, weil dort für das 3. und jedes weitere Kind etwas zu bezahlen ist, die bei uns komplett kostenfrei sind.

Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass die Heilbronner Hebesätze der Gewerbesteuer bei 400 v.H. und der Grundsteuer B bei 430 v.H. liegen, also jeweils 40 Prozentpunkte über unseren heutigen Hebesätzen.

Zurück nach Waiblingen: Wir werden unser Kita-Ausbauprogramm fortsetzen. Mittelfristig werden wir an einer weiteren Einrichtung in Waiblingen Süd - Stand heute - nicht umhin kommen. Wenn wir diese Entwicklung hätten vorhersehen können, wäre der U3-Kindergarten am Haus Miriam sicher größer geplant worden. Die Uhr kann

man aber nicht zurückdrehen, sondern wir müssen heute danach sehen, was machbar ist.

Um dies zu klären, was auf das Baufeld neben dem Haus Miriam passt, soll für die Turnhalle und den Kindergarten die Planung beginnen. Und wir müssen entscheiden, wie es mit dem Forum Süd weitergeht, konkret, ob wir es im Martin-Luther-Haus realisieren. Ich stehe dazu, dass ein Forum Süd Sinn macht. Der Stadtteil ist lebendig. Ob es zwingend eines Neubaus bedarf, oder ob es nicht sinnvoller und wirtschaftlicher ist, bestehende Räume zu nutzen, möchte ich nicht nur als Frage in den Raum stellen. Es ist doch wirtschaftlich und sinnvoller, vorhandene Räume zu nutzen und den Danziger Platz zu beleben. Das klappt mit dem Martin-Luther-Haus. Wir müssen an alle Menschen und alle Akteure in Waiblingen Süd denken – und das sind mehr, als manche meinen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die veranschlagten Investitionen zeigen auf, welche Stärken Waiblingen hat und dass wir daran arbeiten, sie zu erhalten und auszubauen. Dass diese Stärken nicht nur eine Nabelschau der Kommunalpolitik sind, sondern auch die Bürgerschaft und auch das Umland diese genauso sehen, erkennen Sie an der Nachfrage nach Bauland.

Am Wochenende konnte man es bei der Immomesse erleben und auch wöchentlich rufen mehrere Personen bei der Grundstücksabteilung an, um sich nach Baugrundstücken zu erkundigen oder Empfehlungen zu bekommen, wie man am besten an eine Wohnung in Waiblingen kommt. Das gilt für die Kernstadt wie für die Ortschaften.

Auch das ist eine Stärke unserer Stadt, dass es uns gelungen ist, die Polyzentralität zu erhalten. Die Lebensverhältnisse sind in den Ortschaften oft über dem, was selbständige Gemeinden mit ähnlicher Einwohnerzahl ihrer Bürgerschaft bieten. Daher bin ich auch überzeugt, dass das Bittenfelder Neubaugebiet Berg-Bürg gut angenommen wird und die Grundstücke rasch verkauft und durch unser Waiblinger Baulandmodell auch genauso schnell bebaut sein werden.

Mit unserem Baulandmodell verbunden ist unser Waiblinger Baukindergeld. Aufgrund der niedrigen Zinsen und der sehr guten Infrastruktur für Familien, erscheint es vertretbar, das Baukindergeld auszusetzen. Aufgrund der Diskussionen in den vergangenen Jahren können Sie ermessen, wie schwer mir dieser Vorschlag fällt. Angesichts der geänderten Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt und der Haushaltssituation, und weil jeder einen Beitrag zum Gelingen des großen Ganzen leisten muss, sehe ich mich dazu veranlasst.

Lassen Sie mich zum Straßenbau kommen. In diesem Jahr war die Umgestaltung der Neckarstraße in Hegnach mit eine der großen Investitionen. Der 1. Bauabschnitt umfasst die wichtigsten Bereiche und er steht eigenständig für sich. Ursprünglich war vorgesehen, den 2. Bauabschnitt unmittelbar in 2017 anzuschließen. Auch hier wird

vorgeschlagen, ein Jahr auszusetzen und den 2. BA erst im Jahr 2018 in Angriff zu nehmen. Ebenso schieben kann man die Umgestaltung der Quellenstraße in Beinstein. Aus Sicht der Verwaltung ist es bis ins Jahr 2020 vertretbar.

Nicht so lange zuwarten können wir mit den Entscheidungen zu Projekten der Remstalgartenschau. Sie wird 2019 stattfinden. Wir sind mit den Plänen für die Gartenschau gut gestartet. Ein erfahrenes Planungsbüro wurde beauftragt und der Masterplan wurde uns im Oktober 2015 vorgestellt. Damit sind wir in die Bürgerbeteiligung gegangen. Am 10. Mai diesen Jahres wurden die Beschlüsse gefasst, die nun Grundlage der veranschlagten Mittel sind.

Jede Gartenschau, auch die unsrige, auch wenn sie nur eine „kleine“ ist, trägt zur dauerhaften Aufwertung der Landschaft und von städtischen Bereichen bei. Deshalb erhalten wir auch Fördermittel. In unserem Fall rund 1,4 Mio. Euro. Im Haushaltsplan sind alle Maßnahmen in dem Umfang, wie am 10. Mai 2016 beschlossen, enthalten. Mit Ausnahme des Weges am Alvarium, bei dem sich zeigte, dass er aus ökologischer Sicht nicht zu vertreten ist.

Bei den weiteren Maßnahmen besteht noch das eine oder andere Einsparpotential, allerdings verbunden mit Qualitätseinbußen. Dem Gremium wird bei den nächsten Planungs- und Baubeschlüssen dargestellt, welche Reduktionen mit welchen Folgen möglich sind.

Eine Gartenschau braucht Begeisterung der Menschen. Ich hatte diese im vergangenen Jahr bei der Bürgerbeteiligung gespürt. Ohne eine engagierte Bevölkerung werden wir kein mitreißendes Durchführungsjahr 2019 bewältigen können. Daher muss es uns in der verbleibenden Zeit gelingen, das Interesse und den Schwung zu erhalten und zu stärken.

Wir wollen die Bürgerinformation fortsetzen und zu einem Rundgang durch die Talae einladen. Dieser Rundgang soll am Freitag, 18. November 2016, 15.00 Uhr, stattfinden. Das Datum wurde bewusst nach den Haushaltsreden der Fraktionen gelegt, so dass auch Ihre Haltung zur Remstalgartenschau bekannt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Haushaltsplanberatungen werden uns dieses Jahr angesichts der Hinweise des Regierungspräsidiums vermutlich noch mehr fordern, als sonst. Die Aufgaben die auf uns warten, sind aber lösbar. Sie erfordern eine politische Willensbildung und demokratische Entscheidungen im Gemeinderat. Wir tragen gemeinsam Verantwortung für unsere Stadt. Dazu gehört auch die Verantwortung für geordnete Finanzen.

Wir können die von uns geforderten Entscheidungen vor allem von einer sehr guten Ausgangslage treffen. Die Verschuldung ist im kamerale Haushalt so gering wie seit Jahren nicht mehr. Die Gewerbesteuererinnahmen sind hoch, vermutlich auch im nächsten Jahr.

So manche finanzielle Belastung steht uns ins Haus, ohne dass wir auf sie entscheidenden Einfluss nehmen können. Dazu gehört auch die Kreisumlage, die im Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf mit einem Hebesatz von 37,5 v.H., also einem Prozentpunkt unter dem heutigen Hebesatz, veranschlagt ist. Selbst dann würde Waiblingen nächstes Jahr 5,2 Mio. Euro mehr als 2016 an den Landkreis abführen, nämlich über 32 Mio. Euro.

Die Wechselwirkungen des Finanzausgleichs sind unausweichlich und wir müssen uns auf sie einstellen. Auch in den Folgejahren.

Die kommunalen Dienstleistungen sind auf einem sehr hohen qualitativen und quantitativen Niveau, was uns von anderen Kommunen unterscheidet. Dies gilt es gegenüber der Bürgerschaft deutlich zu machen. Dann wird auch Verständnis für die eine oder andere Einschränkung sowie Gebühren- und Steuererhöhung erreicht werden.

Mit unseren geplanten Investitionen stärken wir die Stärken unserer Stadt und sichern die Lebensqualität und Vorzüge Waiblingens. Durch die geplante Ausweisung von Bauland in Berg-Bürg und an anderen Stellen, sei es durch Nachverdichtung oder Neuausweisung, schaffen wir Wohnraum, der hilft, den sozialen Frieden und das gute Miteinander in der Stadt zu sichern.

Allen Gebühren- und Steuerzahlern, denjenigen, die sich ehrenamtlich einsetzen sowie den Arbeitgebern und allen, die dazu beitragen, dass Waiblingen eine lebenswerte und attraktive Stadt ist, danke ich für ihren Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit.

Besten Dank auch der gesamten Stadtverwaltung für ihre Mitarbeit zur Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfs. Besonderer Dank gilt Frau Zettler und Frau Layer sowie Herrn Hähnle und seinem gesamten Team.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute und ersprießliche Haushaltsberatungen.